

Protokoll der Sitzung vom 15.11.2023 in Köln

Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer:

Georg Dodegge	Vorsitzender der ÜAG, richterl. Vertreter OLG Bezirk Hamm
Alexander Engel	Stellv. Vorsitzender der ÜAG, AG der Spitzenverbände der FW NRW e.V.,
Julia Schwabe	Stellv. Vorsitzende der ÜAG, Landschaftsverband Rheinland
Ludger Schulten	LAG der Spitzenverbände der FW NRW e.V.
Karen Pilatzki	LAG der Spitzenverbände der FW NRW e.V.
Lothar Buddinger	LAG Sozialpsychiatrische Dienste NRW
Elmar Kreft	Betreuungsgerichtstag e.V.
Birgit Holtermann	Amtsgericht Marl
Carl Blomenkamp	Amtsgericht Neuss
Michael Röpcke	AGÖB Rheinland
Gustav Arnold	Landesverband für ehrenamtliche Betreuer und Bevollmächtigte
Kristin Stilz	Amtsgericht Siegburg
Kathrin Bröker	Amtsgericht Herford
Monika Jurgutat	Amtsgericht Düsseldorf
Benedikt Merten	Lebenshilfe NRW
Ralf Künne	AGÖB Westfalen-Lippe
Mandy Catic	Berufsverband der Berufsbetreuer
Thomas Wallenhorst	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
Caroline Niedermüller	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
Dr.Jörg Kraemer	Justizministerium NRW
Stephan Jacobs	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Prof.Dr.Dagmar Brosey	Fakultät für angewandte Wissenschaften Köln
Sara Falkenstein: Referentin	Betreuungsgerichtstag e.V.
Carsten Wiegeld: Referent	Betreuungsgerichtstag e.V.
Anita Maric: Referentin	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Karin Wallbaum	Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LBA, Geschäftsstelle ÜAG

Tagesordnung 15.11.2023

1. **Begrüßung durch den Vorstand**
2. **Bericht aus dem Vorstand / Berichterstattung: Herr Engel**
3. **Bericht aus der Geschäftsstelle einschließlich Haushaltsplanung**
Berichterstattung: Frau Wallbaum
4. **Beschlussfassung zu Änderungswünschen zur Geschäftsordnung**
5. **Bericht der Arbeitsgruppe „Zwang“**

Arbeitsgruppe: Herr Buddinger, Frau Schubert, Herr Kreft, Herr Röpcke, Herr Engel, Herr Belke-Zeng, Herr Künne, Frau Özkan, Herr Kortwittenborg

Berichterstattung: Herr Buddinger

6. Bericht der Arbeitsgruppe „Andere Hilfen“

Arbeitsgruppe: Herr Röpcke, Herr Schulten, Herr Arnold, Herr Buddinger, Frau Jeanette Fritz (Seniorenberatung Stadt Kamp-Lintfort)

Berichterstattung: Herr Röpcke

7. Bildung neuer Arbeitsgruppen/Fortbildungen für das Jahr 2024

8. Neues Projekt des Betreuungsgerichtstages e.V.: „Stark im Betreuungsrecht - Selbstvertreter*innen werden aktiv“

Einbindung von Menschen mit Betreuungserfahrung in die politische Interessenvertretung

Berichterstattung: Frau Falkenstein, Herr Wiegel, Frau Prof. Dr. Brosey

9. Aufgaben der Betreuungsvereine im Rahmen der Querschnittsarbeit: Konzeptentwicklung : entfällt

Neuer Tagesordnungspunkt:

Projekt des LWL-Landesbetreuungsamtes „Kompetenzbasiertes Bildungskonzept zur Stärkung ehrenamtlicher Betreuung“ (KomBi-Ehrenamt)

Berichterstattung: Frau Maric

10. Verschiedenes

- Sachstand Modellprojekt Erweiterte Unterstützung
- Überörtliche Arbeitsgemeinschaften für das Betreuungswesen auf Bundesebene
- Umsetzung der Evaluierung zur Betreuervergütung / Bericht: Herr Dr. Kramer

TOP 1: Begrüßung durch den Vorstand

Herr Engel begrüßt die anwesenden Mitglieder der ÜAG. Im Anschluss findet eine kurze Vorstellungsrunde der Teilnehmer statt. Im Rahmen der Vorstellung merkt Herr Kreft an, dass die Vorbereitungsgruppe für den jährlichen West-BGT künftig als „Regio-Gruppe NRW“ für den Betreuungsgerichtstag NRW tätig sein wird.

Herr Engel weist auf eine kurzfristige Änderung der Tagesordnung hin. TOP 4: „Beschlussfassung zu Änderungswünschen zur Geschäftsordnung“ muss entfallen und wird auf die nächste Sitzung verschoben. Es gebe noch Abstimmungsbedarf mit der Kommunalen Familie. Die Teilnehmer der Sitzung erklären sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Frau Niedermüller regt an, den Punkt „Sachstand Modellprojekt Erweiterte Unterstützung“ unter TOP 10 Verschiedenes, bereits vor der Mittagspause zu erörtern. Diesem Anliegen wird zugestimmt.

TOP 2: Bericht aus dem Vorstand

Herr Engel führt aus, dass der Vorstand der ÜAG seit der letzten Sitzung einige Male getagt hat. Hierbei sei die Problemanzeige zur den Inflationsauswirkungen für berufliche Betreuer an die Jusitzministerkonferenz auf den Weg gebracht worden. Darüber hinaus erfolgte die Planung und Erörterung der diesjährigen Veranstaltungen der ÜAG. Die Änderungsvorschläge zur Geschäftsordnung der ÜAG standen ebenfalls im Fokus der Beratungen. In einem Gespräch unter

Beteiligung des MAGS NRW habe man sich mit der Kommunalen Familie konstruktiv ausgetauscht.

TOP 3: Bericht aus der Geschäftsstelle einschließlich Haushaltsplanung

- Frau Wallbaum erläutert die Haushaltsplanung für die Jahre 2023/2024. Der Haushaltsplan ist den Mitgliedern der ÜAG mit dem Versand der Tagesordnung zur Verfügung gestellt worden.
- Frau Wallbaum informiert ferner darüber, dass die Broschüre der AG „Andere Hilfen“ in einer Stückzahl von zunächst 500 Exemplaren gedruckt wird. Es ist geplant, die Broschüre auf der Homepage der ÜAG einzustellen.
- Für den 30. November ist eine weitere Veranstaltung der ÜAG geplant, die sich gezielt an Menschen mit Betreuungserfahrung richtet. Hierfür liegen aktuell 170 Anmeldungen vor. Die Online-Veranstaltung wird in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte durchgeführt und in Leichte Sprache übersetzt.
- Die Alzheimergesellschaft NRW ist künftig wieder in der ÜAG präsent, vertreten durch Frau Hörter.
- Frau Wallbaum stellt zur Diskussion, die Homepage der ÜAG künftig in Leichter Sprache anzubieten. Zur Realisierung wäre für die Umsetzung die Unterstützung durch einen Werkstudenten/-in notwendig. Der anschließende Austausch ergibt ein positives Votum. Aus Sicht von Herrn Dodegge ist vorab noch zu klären, wie hoch der Pflegeaufwand ist, der sich aus der Umstrukturierung der Homepage ergibt.

TOP 4: Beschlussfassung zu Änderungswünschen zur Geschäftsordnung

Entfällt.

TOP 5: Bericht der Arbeitsgruppe „Zwang“

Herr Buddinger berichtet vom Verlauf der Fachtagung am 21. September 2023 zum Thema Zwang und Gewalt in der häuslichen Umgebung. Die Veranstaltung wurde in Präsenz in Bielefeld durchgeführt. Ca. 130 Personen haben teilgenommen. Erfreulicherweise gab es lt. Herrn Buddinger zahlreiche positive Rückmeldungen zu Organisation, inhaltlicher Ausgestaltung und Auswahl der Referenten. Neben der Sichtweise von Angehörigen und der Darstellung rechtlicher Aspekte, lag ein Schwerpunkt auf der guten Kommunikation mit pflegebedürftigen Menschen. Hervorzuheben sei auch, dass die Durchführung einer Veranstaltung in Präsenz von den Beteiligten zum aktiven und lebhaften persönlichen Austausch genutzt wurde. Die Teilnehmer/-innen der Tagung kamen überwiegend aus Betreuungsstellen, Pflegeberatungsstellen und Betreuungsvereinen.

TOP 10 (vorgezogen): Verschiedenes: Sachstand Modellprojekt Erweiterte Unterstützung

Herrn Wallenhorst stellt aktuelle Veränderungen im MAGS NRW vor. Das Land NRW hat es sich lt. Frau Niedermüller zum Ziel gesetzt, das Instrument der erweiterten Unterstützung zunächst im Rahmen von Modellprojekten zu erproben. Aufgrund von Umstrukturierungsprozessen im Ministerium sei es bei der Umsetzung zu Verzögerungen gekommen. Darüber hinaus ließen sich die auf mehrere Jahre angelegten Modellprojekte im Haushalt für das Jahr 2024 nicht abbilden. Hier mangle es aktuell an der erforderlichen längerfristigen Planungssicherheit. Aktuell gebe es daher erste Überlegungen, dem Landtag zu empfehlen, die Modellprojekte ggfs. nicht durchzuführen und stattdessen das Instrument der erweiterten Unterstützung in den NRW- Kommunen flächendeckend einzuführen. Dies werde bereits in einigen anderen Bundesländern praktiziert.

Eine weitere wichtige Aufgabe des MAGS NRW sei die Entwicklung und Ausgestaltung der Fachaufsicht des Ministeriums. Hier sei eine intensive Kooperation und ein konstruktiver Austausch mit den Betreuungsstellen in NRW angedacht.

TOP 6: Bericht der Arbeitsgruppe „Andere Hilfen“

Arbeitsgruppe: Herr Röpcke, Herr Schulten, Herr Arnold, Herr Buddinger, Frau Fritz (Seniorenberatung Stadt Kamp-Lintfort), Frau Ruhnau (Seniorenberatung Stadt Gütersloh)

Berichterstattung: Herr Röpcke

Ziel der Arbeitsgruppe war lt. Herrn Röpcke die Erstellung einer Arbeitshilfe zum Thema „Andere Hilfen“. Zielgruppe sind in erster Linie neue Mitarbeiter/-innen in Betreuungsbehörden. Wie geplant, konnte die Broschüre bereits in einer Stückzahl von 500 gedruckt werden. Herr Röpcke stellt den anwesenden Mitgliedern der ÜAG ein Ansichtsexemplar zur Verfügung. Die Broschüre soll auf der Homepage der ÜAG eingestellt werden. Gedruckte Exemplare werden über die Geschäftsstelle der ÜAG verteilt.

Herr Röpcke spricht allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe seinen ausdrücklichen Dank für die engagierte Mitarbeit aus.

TOP 7: Bildung neuer Arbeitsgruppen/Fortbildungen für das Jahr 2024

Herr Engel fasst die von den Mitgliedern in der Sitzung unterbreiteten Vorschläge abschließend noch einmal zusammen. Die weiteren Planungen werden in der nächsten Vorstandssitzung erörtert.

Top 10 (vorgezogen): Verschiedenes: Umsetzung der Evaluierung zur Betreuervergütung

Lt. Herrn Kraemer soll ein Inflationsausgleich für die Berufsbetreuer/-innen und Vereinsbetreuer/-innen unabhängig von der Evaluierung zur Betreuervergütung vorab gewährt werden. Die Betreuungsvereine ständen aktuell vor dem Problem, dass sie ihren Mitarbeiter/-innen einen Inflationsausgleich gewähren müssten, dies jedoch nicht durch eine höhere Betreuervergütung refinanzieren könnten. Der Entwurf des Inflationsausgleichgesetzes werde von den verschiedenen Fachabteilungen, d.h. Haushalts,- und Fachabteilung der Ministerien, unterschiedlich bewertet. Die voraussichtlichen Kosten von 22 Millionen Euro müssten an anderer Stelle eingespart werden. Dies sei problematisch. Im Rahmen eines länderübergreifenden Austausches sei erörtert worden, wie der Bund die Länder ggfs. finanziell unterstützen kann. Das Inflationsausgleichgesetz solle zum 1.1.2024 in Kraft treten. Es sei vorgeschlagen worden, zur Gegenfinanzierung die Gerichtsgebühren für die Betreuungsverfahren zu erhöhen.

Die Evaluation werde vom 30.11.2023 bis zum 12.01.2024, online durchgeführt und solle Ende 2024 abgeschlossen werden. Den entsprechenden Link wird Herr Kraemer der ÜAG zur Verfügung stellen. Er bittet um rege Beteiligung.

TOP 10 (vorgezogen): Überörtliche Arbeitsgemeinschaften für das Betreuungswesen auf Bundesebene

Herr Dodegge erläutert, dass die Implementierung von Überörtlichen Arbeitsgemeinschaften für das Betreuungswesen zwischenzeitlich in 10 Bundesländern gesetzlich geregelt sei. Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland

hätten bislang keine Regelung getroffen. Konkrete Überlegungen zur Kontaktaufnahme und Vernetzung könnten in der nächsten Sitzung erfolgen.

TOP 9: **Projekt des LWL-Landesbetreuungsamtes „Kompetenzbasiertes Bildungskonzept zur Stärkung ehrenamtlicher Betreuung“ (Kombi-Ehrenamt)**

Frau Maric gibt einen Einblick in die bisherige Entwicklung und den aktuellen Stand des Projektes Kombi Ehrenamt. (Anlage)

TOP 8: **Neues Projekt des Betreuungsgerichtstages e.V.: „Stark im Betreuungsrecht - Selbstvertreter*innen werden aktiv“
Einbindung von Menschen mit Betreuungserfahrung in die politische Interessenvertretung**

Frau Falkenstein und Herr Wiegel stellen die Entwicklung und aktuellen Stand des Projektes vor. (Anlage)

Gez.
Karin Wallbaum